

Ergebnisprotokoll zur Ressortbesprechung „IFG Kampagne Gläserne Gesetze“ am 05.07.2017

15:00-17:30 Uhr, Bundeministerium des Innern (Berlin/Bonn)

Anlagen:

- 1) Teilnehmerliste
- 2) Entwurf einer Pressemitteilung

Ergebnisse:

1) Bezüglich der **Veröffentlichung der Referentenentwürfe und Stellungnahmen der Verbände zu Gesetzgebungsverfahren der 18. Legislaturperiode** einigen sich die anwesenden Vertreter der Ressorts wie folgt (Die Einigung zu Buchstabe c erfolgte nach der Ressortbesprechung im schriftlichen Verfahren):

- a) Es werden Referentenentwürfe in der Form veröffentlicht, in der sie in die Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO gehen.
- b) Sofern keine Verbändebeteiligung erfolgt, werden die ressortabgestimmten Referentenentwürfe veröffentlicht.
- c) Es werden die aufgrund der Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen der Verbände veröffentlicht. Dazu wird den Verbänden vorab schriftlich mitgeteilt, dass die Stellungnahmen veröffentlicht werden sollen, und diesen die Möglichkeit des Widerspruchs gegeben. Zudem wird den Verbänden die Möglichkeit gegeben, eventuelle personenbezogene Daten in den Dokumenten zu schwärzen und die so bearbeitete Stellungnahme zur Veröffentlichung erneut zu übermitteln. Als Beispiel für das Anschreiben an die Verbände wird von BMI ein Mustertext erstellt und im Ressortkreis verteilt.
- d) Die Veröffentlichung erfolgt über den Internetauftritt der jeweiligen Ressorts. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte die Veröffentlichung über die im Rahmen der E-Gesetzgebung geschaffene digitale Plattform erfolgen.
- e) Mit der Veröffentlichung der Referentenentwürfe und Stellungnahmen von Verbänden in Gesetzgebungsverfahren der 18. Legislaturperiode wird unverzüglich begonnen.

2) Bezüglich der **Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Stellungnahmen von Verbänden zukünftiger Gesetzgebungsverfahren ab der 19. Legislaturperiode** einigen sich die anwesenden Ressortvertreter unter dem Leitungsvorbehalt der politischen Grundentscheidung für eine proaktive Veröffentlichung in der Zukunft wie folgt:

- a) Das Verfahren entspricht dem der Veröffentlichung von bereits abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren (Siehe Punkt 1).
- b) Als spätmöglicher Zeitpunkt der Veröffentlichung wird der Kabinettsbeschluss über den Gesetzesentwurf bestimmt.
- c) Bei der Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO soll zukünftig ein Hinweis beispielsweise entsprechend dem vom BMJV bereits übersandten Mustertext (siehe unten) verwendet werden.

Kommentar [Sw1]:

Bei einer Schwärzung bleibt erkennbar, dass bestimmte Inhalte des Dokuments unlesbar gemacht wurden, das Dokument bleibt aber i.U. unverändert.

Demgegenüber könnte bei einer „Entfernung“ personenbezogener Daten aus einer Stellungnahme, insb. wenn die Entfernung auf digitalem Weg erfolgt, ein geändertes Dokument erzeugt werden, dass dann nicht mehr der übermittelten Stellungnahme entspricht. Zudem ist dann ggf. auch nicht mehr erkennbar, dass bestimmte Daten, die in der Ursprungs-Stellungnahme enthalten waren, in der veröffentlichten Version unkenntlich gemacht wurden.

Um zu vermeiden, dass die Ressorts hierdurch ggf. neuen Kritikpunkten (Zensur o.ä.) ausgesetzt werden, sollte h.E.: auf den missverständliche Passus „zu entfernen“ verzichtet werden.

Gelöscht: aus

Gelöscht: zu entfernen

Gelöscht: bzw.

Gelöscht: über

Kommentar [Sw2]:

Auch hierdurch wird verdeutlicht, dass es sich um die bereits beim jeweiligen Ministerium vorliegende Stellungnahme handeln muss.

Gelöscht: einzureichen

Weiteres Vorgehen:

1. Abstimmung über eine Pressemitteilung der Bundesregierung zur Veröffentlichung der Dokumente bis 06.07.2017 DS.
2. BK Amt klärt, wie sich die St Runde am 03.07.2017 zum Thema der zukünftigen proaktiven Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Verbändestellungnahmen positioniert hat.
3. BMI übersendet unverzüglich ein Ergebnisprotokoll der Ressortbesprechung an die Teilnehmer.

Mustertext des BMJV bei Beteiligung von Verbänden:

"Bitte beachten Sie, dass die von Ihnen eingereichten Stellungnahmen grundsätzlich auf unserer Internetseite publiziert werden. Dies umfasst auch Namen und sonstige personenbezogene Daten, die in dem Dokument enthalten sind. Dazu bitten wir darum, die Stellungnahme in einem PDF-Format einzureichen.

Sofern Sie mit der Veröffentlichung personenbezogener Daten nicht einverstanden sind, bitten wir, diese aus dem Dokument zu entfernen. Falls Sie der Publikation im Internet insgesamt widersprechen, wird auf der Internetseite des [Name des Ressorts] lediglich vermerkt, dass eine Stellungnahme eingereicht wurde und wer diese verfasst hat."